

Nachrichten aus Brüssel

@greens87 - stock.adobe.com

Frankreich übernimmt Ratsvorsitz

Zum 1. Januar 2022 hat Frankreich für die nächsten sechs Monate den rotierenden EU-Ratsvorsitz von Slowenien übernommen. Zugleich eröffnet das Land damit eine neue Trio-Präsidentschaft mit der Tschechischen Republik und Schweden.

Frankreichs Ratspräsidentschaft steht unter dem Motto „Aufschwung, Stärke, Zugehörigkeit“. Eine der Prioritäten Frankreichs ist es, ein souveränes Europa zu schaffen. Darunter fallen für den Vorsitz die Steuerung der Migration, die Reformierung des Schengen-Abkommens sowie eine verbesserte Zusammenarbeit in der Sicherheit und Verteidigung Europas. Ein weiteres Ziel ist die Etablierung eines neuen europäischen Wirtschaftsmodells. So möchte man wirtschaftspolitische Entwicklungen an Klimaschutzziele knüpfen und Innovationen wie auch Digitalisierung sehr stark fördern.

Im Politikbereich Gesundheit stehen angesichts der anhaltenden Coronapandemie deren Bewältigung und die Stärkung der Koordination unter den Mitgliedsländern bei Gesundheitskrisen im Zentrum. Abzuwarten bleibt, wie sich die französische Ratspräsidentschaft in den kommenden Monaten gestalten wird und wie sehr der parallel laufende Wahlkampf in Frankreich Einfluss auf diese haben wird.

Däne ist neuer CED-Präsident

Erstmals seit Beginn der Coronapandemie fand die Vollversammlung des Council of European Dentists (CED) wieder in Form einer Präsenzveranstaltung in Brüssel statt. Die CED-Delegierten wählten Dr. Freddie Sloth-Lisbjerg aus Dänemark zum neuen Präsidenten. Sloth-Lisbjerg war zehn Jahre als niedergelassener Zahnarzt in Kellinghusen in Schleswig-Holstein tätig.

Das Vorstandsmitglied der Bundeszahnärztekammer, D.M.D. Henner Bunke, Präsident der Zahnärztekammer Niedersachsen, wurde erneut in den CED-Vorstand gewählt. Bunke engagiert sich seit Jahren in der gleichnamigen CED-Arbeitsgruppe für die Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen. Er strebt an, die Bedeutung der Zahnmedizin auf europäischer Ebene stärker sichtbar zu machen und politisch besser zu verankern.

Darüber hinaus verabschiedeten die CED-Delegierten mit großer Mehrheit eine Stellungnahme zum Dentaltourismus und zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung. Dabei zeigten sich die CED-Delegierten besorgt über die Sicherheit und Behandlungskontinuität, die den Patientinnen und Patienten geboten wird. Das CED befürchtet, dass die kommerziellen Interessen, die einigen Dentaltourismus-Geschäftsmodellen zugrunde liegen, der Gesundheit und dem Wohlbefinden der Patienten abträglich sein könnten.

Auf dem Weg zur EU-Gesundheitsunion

Die Schaffung einer Europäischen Gesundheitsunion nimmt Konturen an. Ende letzten Jahres einigten sich die Unterhändler der im Rat versammelten EU-Mitgliedsstaaten und des Europäischen Parlaments auf eine Erweiterung des Mandats des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC). Der Verordnungsvorschlag ist Teil des Gesetzespaketes zur Schaffung der Europäischen Gesundheitsunion, das Ende 2020 von der Europäischen Kommission vorgestellt wurde.

Der Vorschlag zielt darauf ab, das ECDC in seiner unterstützenden Rolle bei Prävention und Krisenmanagement von übertragbaren Krankheiten zu stärken. Das Verhandlungsergebnis sieht nun vor, dass das Zentrum in den Bereichen Überwachung, Frühwarnung, Krisenvorsorge und Notfallreaktion mehr Befugnisse erhält.

Nächster EU-Kommissar kommt von den Grünen

Der oder die nächste EU-Kommissar/-in aus Deutschland wird auf Vorschlag der Grünen nach Brüssel entsandt. Der Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP legt fest, dass das Vorschlagsrecht für die Europäische Kommissarin oder den Europäischen Kommissar bei Bündnis 90/Die Grünen liegt, sofern die Kommissionspräsidentin nicht aus Deutschland stammt. Derzeit ist die Deutsche Ursula von der Leyen (CDU) amtierende Kommissionspräsidentin.

Dr. Alfred Büttner
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK